

An die

GEW Bremen
info@gew-hb.de

Sehr geehrter Herr Winkelmann,

gerade bekam ich Ihre Pressemitteilung in die Hand, in welcher Sie den Ausschluss ihres langjährigen Mitgliedes Dr. Martin Korol ankündigen.

Da ich mich seit einiger Zeit schon mit Fragen des Umgangsstiles, der Diskriminierung und Intoleranz innerhalb politischer Parteien, aber auch zwischen unterschiedlichen Parteien und auch in korporativ angeschlossenen oder den Parteien in ihren Zielsetzungen nahestehenden Verbänden beschäftige, möchte ich Ihnen dazu ein paar richtigstellende Hinweise geben, wenn Sie erlauben.

In Ihrem Schreiben nehmen Sie auf Korols Äußerungen zu Sinti und Roma Bezug und sagen, diese wären Gegenstand öffentlicher Debatte geworden. Mir ist nicht bekannt, daß darüber debattiert worden ist. Die besagten Äußerungen wurden nach mir vorliegenden Informationen vielmehr sofort kategorisiert (ausländerfeindlich, rassistisch) und dann als „Beweismaterial“ zur Grundlage von Schritten gemacht, die gegen Korol einzuleiten man sich gezwungen sah.

Wenn in Korols Äußerungen davon die Rede ist, daß sich die besagten Volksgruppen „sozial und intellektuell noch im Mittelalter“ befänden, so kann dies allein noch nicht als „diskriminierend“ eingeordnet werden, wie Sie es tun.

Meines Wissens hat Herr Korol längere Zeit als Lehrer in Bulgarien verbracht und verfügt über einschlägige Beobachtungen bzw. Erfahrungen. Daß die derzeit auf der Erde lebenden Kulturen unterschiedliche Entwicklungshöhen aufweisen, zeigt allein schon die der Nahe Osten. Die in der "Scharia" verankerten, ebenso die in bestimmten Auslegungen unterschiedlicher Versionen des Koran vorhandenen Verhaltensanweisungen kann man wohl schlechterdings als westeuropäisch oder aber auch christlich-aufgeklärt einstufen. Sonst gäbe es diese Konflikte ja nicht.

Daß sich nun in verschiedenen Balkanländern auf Grund der geschichtlichen Entwicklungen, an denen seit Jahrhunderten beträchtlich auch ein aggressiv vorgehender Islam beteiligt war (!), keine oder eine nur in bestimmten sozialen Schichten wirksame westeuropäisch zu nennende kulturelle Entwicklung stattgefunden hat, ist eine Tatsache. Daran haben übrigens auch die politischen Verhältnisse während der Zeit des Kalten Krieges Schuld, wo diktatorische Regime ihr Unwesen trieben und eine Anpassung an moderne und aufgeklärte Einstellungen und Lebensgewohnheiten auf ihre Weise verhindert haben.

Die extrem-linke, kommunistische Dominanz war erstaunlicherweise nicht in der Lage oder willens, dies zu ermöglichen. Darum wurden dort teilweise archaische Zustände zementiert, die nun nach der als Wende bezeichneten politischen Umsteuerung 1990 allmählicher Veränderung harren.

Wenn also Flüchtlinge oder Asylsuchende aus den genannten Schichten dieser Länder zu uns kommen, dann können sie nur das mitbringen, was ihnen zu Gebote steht.

Wenn Herr Korol dies nun in etwas drastischen Formulierungen – in der Politik wird häufig polemisch formuliert – geäußert hat, so hat er, wie ich aufgezeigt habe, sich keiner „rassistischen oder ausländerfeindlichen“ Einstellung schuldig gemacht, sondern er hat – ausschnittsweise und mit gutem Grund – die realen Verhältnisse beschrieben, die er erlebt hat und die nun auch in Bremen vorzufinden sind.

Menschen aus ihrer Heimat herüberzuholen bedeutet Entwurzelung, diese gar zu vertreiben (wie die Deutschen nach 1945), ist ein unter soziologischem und völkerrechtlichem Aspekt sehr bedenklicher, ja rechtswidriger Vorgang. Dieses Hereinströmenlassen von solchen Entwurzelten, das hier im Westen völlig unkritisch zur gängigen Praxis geworden ist, weil man glaubt, man täte ihnen damit etwas Gutes, etwas, das den Menschen hilft, offenbart sich aber als Selbsttäuschung, wie die innerstädtischen Konflikte, die aufkommende Kleinkriminalität u.a. andere Probleme dieser Volksgruppen mit den hier ansässigen Deutschen und anderen „in Konkurrenz stehenden“ ausländischen Bürgern, die inzwischen einigermaßen integriert sein mögen, aufzeigen.

Vorübergehend könnte diese Hilfe ja nützlich sein, aber diese Menschen auf Dauer mit Hilfe des hier leicht zugänglichen Konsums und des rein äußerlich besseren Lebens zu „Geretteten“ zu machen, ist nicht nur eine Selbstüberschätzung, sondern im Sinne des politischen Friedens nicht zielführend.

Diese Menschen leben innerlich in ihren Heimatländern weiter, weil das allein ihre sinnstiftende Grundlage ist. Wenn diese zur Realität ihrer Zielländer nicht paßt, nehmen Sie das in Kauf, mehr nicht. Oder warum haben sich mittlerweile viele Rußlanddeutsche entschieden, nach ein paar Jahren nach Rußland zurückzugehen? Sie sind hier nicht glücklich. Und wenn jemand nicht glücklich ist, kann er auch kriminell werden, da er sich damit einen Ausweg aus seinem Dilemma sucht.

Diese Tatsachen, so habe ich den Eindruck, scheinen auch in Bremen von der "hohen" Politik ausgeblendet zu werden.

Zum Abschluss möchte ich noch auf Ihre Einschätzung eingehen, in der Sie Gruppierungen wie die BIW als "rechtspopulistisch oder rechtsextrem" (Sie können sich zwischen beiden Kategorien wohl nicht entscheiden!) einstufen. Auch „Faschisten“ oder „Nazis“ sind solche Begriffe, nur etwas deutlicher formuliert.

Diese Begriffe sind, wie Sie wissen, polemische Kampfbegriffe, um einen Gegner unter Verwendung unsachlicher Argumente aus dem Feld zu schlagen. Nirgendwo sind sie definiert. Mein ausführlicher Schriftwechsel mit dem Innenministerium, dem Familienministerium und der Bundeszentrale für politische Bildung zeigen auf, daß hier Unklarheiten zu Fehldeutungen führen und damit niemandem geholfen ist. Dies führt dann zur Unausgewogenheit und Ungerechtigkeit in der Darstellung.

Was wir stattdessen benötigten, wäre eine faire und sachliche Diskussion, die Sie von der GEW oder auch von der SPD nicht zu führen gewillt zu sein scheinen, sonst hätten solche Gespräche längst stattgefunden. Sie schieben abweichende politische Meinungen lieber in eine Ecke ab, wo man nicht mehr diskutiert. Und gerade dies ist der Grund für den Unfrieden, den wir zwischen den Parteien haben, wo nur politische Kontrahentschaft mit Feindschaft und geistig-moralischer Vernichtung des Gegners aus ideologischen Gründen verwechselt wird. SO KANN DEMOKRATIE NIEMALS FUNKTIONIEREN, Herr Winkelmann. Sie sind auf dem falschen Weg.

Sprechen Sie Ihre Kontrahenten an und diskutieren sie argumentativ, statt sie mit ideologische Begriffen und Dogmen „abzuschießen“. Bauen Sie Ihre ideologischen Barrieren ab und sprechen Sie Klartext!

Unter diesem Aspekt wäre es eines politisch Verantwortlichen würdig und unter dem der „polis Bremen“ auch notwendig, die BIW einzubeziehen, statt sie und ihre Wähler zu diskriminieren und zu diffamieren. Auch diese sind Bürger Bremens. Stellen Sie sich der Realität!

Mit frdl. Gruß

Ulrich F. Sackstedt, Autor

Ulrich F. Sackstedt, Autor, Lechstr.6, 27283 Verden
Festnetz : 04231-985997
mobil: 0172-4131 316 u. 0174-4236 474